

FDP Neu-Anspach

DIE PFLEGE TREIBT DIE PARTEIEN UM

09.03.2026



Die Pflege treibt die Parteien um

Neu-Anspacher VdL-Ortsgruppe stellt Fragen zu sozialen Aufgaben, doch nicht alle antworten

Neu-Anspach – Schon vor fünf Jahren hat die Neu-Anspacher Ortsgruppe des VdK den in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien „Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl“ vorgelegt. Vor einigen Wochen haben die Mitglieder des Sozialverbandes unter der Leitung von Wolfgang Hafemann erneut einen Fragenkatalog erarbeitet. Sie wollten wissen, wie sich CDU, SPD, Grüne, b-now, FWG-UBN, FDP und die Basis, die am 15. März zum ersten Mal in der Kleeblattstadt zur Wahl antritt, zu sozialen Themen positionieren. Der Komplex umfasst dabei die vier Bereiche Pflege; Gesundheit; Inklusion, Barrierefreiheit und Mobilität; Demokratie und sozialer Zusammenhalt.

Doch nicht alle haben geantwortet. Wie Hafemann berichtet, hat der VdK vergeblich und auch trotz Nachfrage auf eine Rückmeldung von b-now und Basis gewartet. „Das hat mich schon verwundert und auch enttäuscht, ist die Sozialpolitik doch mit das wichtigste Thema einer Kommune“, findet er. „Gerade in Neu-Anspach brennt es wegen des Hochta-

nusstiftes.“ Der stellvertretende Vorsitzende erwähnt auch, dass die Parteien recht unterschiedlich geantwortet haben. So kamen von Jan Muschter (CDU) eineinviertel Seiten zurück, von Kevin Kulp (SPD) fünf, von Regina Schirner (Grüne) drei, von Karin Birk-Lemper (FWG-UBN) drei und von Stefan Ziegele (FDP) als Spitzenreiter sieben Seiten.

Lob für den Ortsverband

Eine Bewertung einzelner Aussagen hat der VdK nicht vorgenommen. „Wir wollen die Antworten unseren Mitgliedern an die Hand geben und für niemanden Partei ergreifen.“ Allerdings bezeichnet es Hafemann als lobenswert, dass alle Stadtverordneten die Sozialpolitik in Neu-Anspach für wichtig erachten. Auch seien alle Antworten betont sachlich und zumeist mit konkreten Vorschlägen versehen. Und natürlich freut sich der VdK-Vize, der auch Fachberater für Barrierefreiheit ist, noch über eins ganz besonders: „Alle loben den VdK-Ortsverband für sein Engage-

ment, insbesondere zur Barrierefreiheit.“

Am umfangreichsten sind die Antworten zum Thema Pflege. Hier nimmt der Bedarf ständig zu, und deshalb wollte der VdK von den Parteien zunächst wissen, wie in Neu-Anspach Angebote geschaffen werden könnten, um pflegende Angehörige zu entlasten und betreutes Wohnen zu ermöglichen. Außerdem hat das Team um Hafemann gefragt, wie der Ausbau von Pflegeplätzen in den kommenden zehn Jahren erfolgen soll und wie die Kapazitäten des ehemaligen Hochtaunusstifts ersetzt werden können.

Nach Ansicht der CDU ist die Stadt derzeit relativ gut aufge-



stellt. Private und mobile Pflegedienste sowie die Diakonie seien im stetigen Einsatz. Laut Muschter möchten sich die Christdemokraten dafür starkmachen, dass der Pflegecampus im Gewerbegebiet In der Us-



Der stellvertretende VdK-Vorsitzende Wolfgang Hafemann hat die Umfrage organisiert und ausgewertet.

PRIVAT

zeitnah umgesetzt wird.

„Wir setzen uns für die verstärkte Ausweisung von Bauflächen für bezahlbares, altersgerechtes Wohnen ein“, heißt es von der SPD. Das Ziel der Sozialdemokraten ist es, alternative Wohnformen im Sinne des betreuten Wohnens umzusetzen. Kulp spricht sich genauso wie Muschter für den Pflegecampus aus, ihm missfällt jedoch der Standort an der Einfallsstra-

ße neben dem Edeka-Markt und dem Gewerbegebiet. „Senioren gehören nicht an den Stadtrand“, erklärt der Parteichef. Ein Bau an dieser Stelle müsse die Nachteile in seiner baulichen Struktur ausgleichen. Und: „Verhandlungen zum ehemaligen Hochtaunusstift müssen endlich zur Chefsache erklärt werden.“

Regina Schirner stellt fest, dass die Stadt für das Thema Pflege nicht direkt zuständig ist. Dieses obliege dem Kreis, stellt die Fraktionsvorsitzende der Grünen fest. „Wir würden uns aber wünschen, dass es zum Beispiel eine Online-Pflegeplatzbörse für den Hochtaunuskreis gibt.“ Mit dem Pflegecampus „Kleeblatt“ würden in Kürze eine Pflegeeinrichtung und auch betreutes Wohnen entstehen, hebt die Kommunalpolitikerin hervor.

Räume für Beratung nötig

Die FWG-UBN listet gleich eine ganze Anzahl an Ideen auf, darunter die Einführung eines Entlastungsnetzwerks für die Pflegebegleitung, den Ausbau

von Kurzzeit- und Langzeitpflegeeinrichtungen und die Prüfung von leerstehenden kommunalen Räumen für die Beratung von pflegenden Angehörigen. Außerdem möchte sich Karin Birk-Lemper für eine systematische Bestandsaufnahme von Pflegeplätzen gemeinsam mit anderen Kommunen und für eine soziale Pflege- und Wohnraumgenossenschaft einsetzen.

Die FDP sieht im Zuge der Neugestaltung der Neuen Mitte eine große Chance, zentral gelegene Pflegeeinrichtungen und die Bündelung von Pflege-, Therapie- und Gesundheitsangeboten zu bündeln. „Ein Konzept dezentraler Betreuung ist erforderlich, um ältere Menschen zu unterstützen, die weiterhin zu Hause leben wollen“, findet Stefan Ziegele. Aus seiner Sicht ist es nicht vertretbar, dass bauliche oder formale Diskussionen den dringend benötigten Pflegebedarf von rund 200 bis 250 Plätzen in den Hintergrund drängen. „Den Aufbau Hochtaunusstift und den geplanten ‚Pflegecampus Kleeblatt‘ unterstützen wir ausdrücklich.“

ANJA PETTER